

I 061/2003 (DBK)

Interpellation Ursula Deiss (SVP, Olten): Protest-Kundgebungen von Schülerinnen und Schülern gegen den Irak-Krieg (06.05.2003)

Vor und unmittelbar nach Ausbruch des Irak-Krieges haben bekanntlich in verschiedenen Orten der Schweiz Schülerdemonstrationen stattgefunden. Es ist nicht klar, wer hinter der Organisation dieser Demonstrationen steht. Im Kanton Genf haben z.B. Eltern Strafklage gegen die Lehrerschaft erhoben. Auch in Basel gab es Klagen, da Konfrontationen zwischen Schülern und Schülerinnen und der Polizei stattgefunden haben. Es gab Sachbeschädigungen. Bürgerinnen und Bürger mussten grosse Verspätungen und Behinderungen in Kauf nehmen. Auch in unserem Kanton wurden derartige «spontane» Kundgebungen durchgeführt. Wären diese ausser Kontrolle geraten, hätte es ebenfalls üble Folgen haben können. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wer im Kanton Solothurn steckt hinter dem Aufruf für die Schülerdemonstrationen gegen den Irak-Krieg?
2. War Frau Regierungsrätin Ruth Gisi über dieses Vorhaben orientiert worden?
3. Wurde der versäumte Unterricht nachgeholt?
4. Ist es erlaubt, Schüler und Schülerinnen für politische Ziele vom Unterricht freizustellen?
5. Wurden betroffene Eltern vorgängig über den Schulausfall informiert?
6. Wer übernimmt die Kosten für ev. entstandenen Sachschaden bei derartigen Kundgebungen?
7. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn Schüler und Schülerinnen bei einer Kundgebungsteilnahme verletzt werden?

Begründung: 06.05.2003 (im Vorstosstext enthalten)

Unterschriften: 1. Ursula Deiss, 2. Hans Rudolf Lutz, 3. Beat Balzli, Walter Wobmann, Rudolf Rüegg, Herbert Wüthrich, Heinz Müller, Theo Stäuble, Kurt Küng, Walter Käser, Walter Mathys, Hansjörg Stoll, Rolf Sommer, Esther Bosshart, Peter Müller, Peter Lüscher, Michael Vökt, Reto Schorta. (18)